

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 06.05.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:22 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertretung für Herrn Dr. Diaby
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Frau Josephine Jahn	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Marko Rupsch	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr René Trömel	DIE LINKE.	keine Vertretung
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Vertretung Frau Hanna Haupt
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	keine Vertretung
Frau Cathleen Stahs	SKE	keine Vertretung

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Da es keine Anmerkungen gab, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
  - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2014
  - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 17.03.2014
  - 3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.04.2014
4. Positionspapier zur Gestaltung des Überganges Schule-Beruf in Halle (Saale)
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen  
Vorlage: V/2014/12616
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2014**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, rief den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 04.03.2014 auf und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Zustimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 17.03.2014**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, rief den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 17.03.2014 auf und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Zustimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.04.2014**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, rief den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 01.04.2014 auf und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Zustimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**zu 4 Positionspapier zur Gestaltung des Überganges Schule-Beruf in Halle (Saale)**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bat **Herrn Deckert, Fachbereich Bildung, Teamleiter/Jugendhilfeplaner**, um kurze Vorstellung des Papiere.

**Herr Deckert, Fachbereich Bildung, Teamleiter/Jugendhilfeplaner**, führte aus, dass er in seiner Rolle als Jugendhilfeplaner in den letzten Jahren im Rahmen des Bundesprogrammes „Jugend Stärken“ den Übergang von Schule und Beruf in Halle (Saale) begleitet habe. Das vorliegende Papier sei ein Arbeitsergebnis der entsprechenden Arbeitsgruppe, in der unter anderem Akteure der Schulen, der Jugendhilfe, der Agentur für Arbeit, der Wirtschaft, des Jobcenters und die Migrationsbeauftragte für den Stadtteil Halle-Neustadt zusammengearbeitet haben. Nach einer Situationsbeschreibung in diesem Quartier entstand dieses Positionspapier. Die Akteure arbeiten weiterhin nach Ablauf des Programmes auf freiwilliger Basis zusammen. Das Positionspapier wurde im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Aktuell werde für die Stadt Halle (Saale) ein Wegweiser mit Unterstützungsmöglichkeiten und Ansprechpartnern erstellt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe fließen in den Bildungsbericht der Stadt Halle (Saale) ein.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bedankte sich für die Vorstellung des Positionspapieres. Er unterstrich die Wichtigkeit eines gut begleiteten Überganges zwischen Schule und Beruf, besonders für Jugendliche in benachteiligten Familien. Die Diskussion im Jugendhilfeausschuss machte deutlich, dass zu einzelnen Thesen des Papiere unterschiedliche Auffassungen bestehen. Wichtig sei, dass möglichst vielen Jugendlichen ein guter Wechsel von der Schule in den Beruf gelinge.

**Herr Senger, SKE**, verwies auf das Schlusswort. Dies sei für ihn besonders wichtig. Die Punkte 10 und 11 der Handlungsempfehlungen sind nach seiner Auffassung bereits erfüllt, da an den Schulen verantwortliche Lehrer für die Berufsorientierung benannt sind.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, widerspricht dem insofern, dass durch diese verantwortlichen Lehrer für Berufsorientierung das Thema an der Schule zwar abgedeckt werde, Berufsorientierung sei jedoch nicht in jeden Fall Teil des Schulkonzeptes.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, verwies auf den speziellen Fokus dieses Papiere, dass speziell Probleme besonders benachteiligter Jugendlicher in den Mittelpunkt rücke. Insofern seien die Ergebnisse nicht auf die gesamte Altersgruppe verallgemeinerbar. Das im Bericht

entstehende negative Bild treffe nur auf diese spezielle Zielgruppe zu. Sie wünsche sich für künftige Berichte eine positivere Einbettung in das Gesamtthema.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stellte die Frage, was aus diesem Papier folge. Gebe es eine Empfehlung für den Rat?

**Herr Deckert, Fachbereich Bildung, Teamleiter/Jugendhilfeplaner**, antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) nicht der Adressat für alle Forderungen der Arbeitsgruppe sei. Die Ergebnisse werden Einfluss in die Jugendhilfe- und Sozialplanung nehmen. Andere Ergebnisse betreffen Arbeitsfelder der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters. Hier werde derzeit z. B. ein besonderer Fokus auf Ungelernte unter 25 Jahre gerichtet, für die spezielle Angebote entwickelt werden.

## **zu 5      **Beschlussvorlagen****

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## **zu 6      **Anträge von Fraktionen und Stadträten****

---

### **zu 6.1      **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen**** **Vorlage: V/2014/12616**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bat **Herrn Strech** um Ausführung zum Antrag.

**Herr Strech, MITBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, begründete für seine Fraktion diesen Antrag. Hier finde sich die Position des „Dritten Lehrers“, die er mehrfach in schulischen Konzepten und Anträgen vertreten habe, wieder. Es sei eine Präzisierung der Begründung erfolgt. Durch die Einbeziehung von Schulhöfen in Sanierungsvorhaben der ppp-Schulen sei ein richtiger Weg beschritten worden, der auch als Anregung für andere Schulbauvorhaben dienen soll. Dieser Antrag ziele darauf hin, dass Schule, Eltern und ältere Schüler bei der Gestaltung von Schulhöfen mit beteiligt werden, damit Schulhöfe als wichtiger Teil des Schullalltages verbessert werden können.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung**, machte deutlich, dass für die Verwaltung die Herstellung der Bedingungen für einen ordnungsgemäßen Brandschutz die höchste Priorität haben müsse. Für einen Schulbetrieb sei die Nutzungsfähigkeit von Schulräumen vorrangig vor der Gestaltung von Außenflächen. Diese Prioritäten werden auch die Investitionsplanung ab 2015 kennzeichnen. Geplante Haushaltsanmeldungen des Fachbereiches für die Gestaltung von Schulhöfen, konnten leider nicht im Haushalt des nächsten Jahres berücksichtigt werden. Bei allen anstehenden Planungen für Sanierungsvorhaben im Rahmen des STARK III Programmes werden Schulhöfe planerisch mit berücksichtigt. Ein Gesamtkonzept, wie es der Antrag erwartet, könne von der Verwaltung jedoch nur in einem größeren Zeitrahmen von 1 - 1 1/2 Jahren erstellt werden. Sie schlug vor, bis Herbst 2014 durch die Verwaltung im Rahmen eines Beteiligungsprojektes mit dem Kinder- und Jugendrat und mit dem Stadtschülerrat Mindestkriterien für die Gestaltung von Schulhöfen verschiedene Schulformen zu erarbeiten. Für die weitere Beratung des Antrages in den Ausschüssen werde eine Stellungnahme der Verwaltung nachgereicht.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, stimme zu, dass der Zeitrahmen des Antrages für ein umfassendes Konzept nicht realistisch sei. Die Verwaltung sollte ein solches Konzept innerhalb von einem Jahr erstellen können. Dieses Konzept als solches sei in jedem Falle sinnvoll und sollte den Blick auch auf weitere Förderquellen wie das Programm „Soziale Stadt“ richten. Für ihn solle erkennbar werden, wo besondere Schwerpunkte zu setzen sind. Mit diesem Konzept verspreche er sich eine bessere Koordinierung von Aktivitäten an verschiedenen Schulen in der Verwaltung. So sei an der Grundschule Kastanienallee ein Abbau von Spielgeräten vorgenommen worden, um diese in einer KITA aufzubauen. Dies sei für die Grundschule sehr schade und für ihn Ausdruck ungenügender Koordination.

**Herr Senger, SKE**, nahm Bezug zur Anlage zum Antrag. Die Druckfassung des Konzeptes aus Freiburg sei nur sehr schlecht lesbar. Der Fokus der Verwaltung auf die Herstellung des Brandschutzes verstelle jedoch den Blick auf die täglich an den Schulen vorkommenden Unfälle. Nach Seiner Auffassung sollte es Vorrang haben, solchen Verletzungen von Kindern vorzubeugen.

**Frau Haupt, SPD-Fraktion**, bezog sich auf das Beispiel der Grundschule Lessing. Seit mehr als 24 Jahren sei dieser Schulhof fast unverändert und bedürfe einer Gestaltung. Sie habe mehrere Elterninitiativen erlebt, diesen Schulhof zu verbessern. Leider konnte hier keine Stetigkeit erreicht werden. Derzeit sei es vor allem ein rühriger Hortträger, der am Thema der Außenflächengestaltung dran bleibe. Sie begrüßte den Auftrag für ein solches Konzept.

**Herr Kuhn, SKE**, begrüßte ebenfalls den Antrag und die Intention den Stadtschülerrat und die Schülerräte der Schulen aktiv mit einzubinden.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, sprach sich für eine Änderung des Zeitplanes aus. Seine Fraktion erwäge einen Änderungsantrag, mit dem das zu erstellende Konzept stark an die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements geknüpft werde. Für ihn seien im Bereich Schulbau Prioritäten wie Schallschutz in Turnhallen, Brandschutz, Inklusion und anderes ebenso umzusetzen. Diese Themen werden viele finanzielle Ressourcen binden. Ein Konzept zur Schulhofgestaltung ohne entsprechende finanzielle Untersetzung sei wenig wert.

**Herr Scherer, SKE**, fragte die Verwaltung, wie mit bestehenden Unfallgefahren umgegangen werden solle. Wie sei die Wartung von Spielgeräten vorgesehen? Was passiere bis zur Erstellung dieses Konzeptes bzw. seiner Realisierung?

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, machte deutlich, dass die Verwaltung bei diesem Konzept nicht beim Punkt 0 beginne, da Außenflächen auch bei bisherigen Schulbauprojekten betrachtet wurden. Für sie sei wichtig, bei geplanten Standortveränderungen an Schulen auch Außenflächen in die Entscheidung mit einzubeziehen. Hier verspreche sie sich durch ein solches Konzept neue Impulse.

**Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begrüßte dieses Konzept als richtigen Weg. Für ihn sei jedoch der Umsetzungsprozess noch spannender mit Blick auf Ratsentscheidungen, zum Beispiel zum Ausbau der Merseburger Straße. Hier wurden für ihn finanzielle Entscheidungen nicht angemessen getroffen. Zu Gunsten von Schulbaumaßnahmen sei künftig ein anderes Herangehen notwendig. Dies werde spannende Haushaltsberatungen mit sich bringen.

**Herr Hänsel, SKE**, widersprach **Herrn Schachtschneider**. Zur Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements in die Schulhofgestaltung gebe es bereits Beschlüsse. Er verwies auf die Pflichten des Schulträgers, sichere und geeignete Schulhöfe vorzuhalten. Dies unterstreiche dieser Antrag. Die vorliegende Gefahrenanalyse zu Schulhöfen mache

deutlich, dass Handlungsbedarf bestehe. Zur Beseitigung von Gefahrenquellen auf Schulhöfen seien die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, schloss sich dem Hinweis von **Herrn Feigl** an, auf einen engen Zusammenhang von Schulbaumaßnahmen und deren Finanzierung zu anderen Investitionsentscheidungen im Rahmen des Haushaltes. Die derzeitige Prioritätensetzung sei zu überprüfen. Bürgerschaftliches Engagement könne nicht in allen Stadtteilen, so wie im Paulusviertel, vorausgesetzt werden. Auch Schulen ohne aktive Fördervereine könne man nicht vernachlässigen.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, sagte, dass er mit einem ersten Zwischenbericht im Herbst sehr gut leben könne. Nach seiner Auffassung sei es ein sinnvoller Weg, durch die Suche nach Lösungen mit den beteiligten Schulakteuren Kosten zu sparen. Er widersprach der Aussage von **Herrn Senger**, dass die Stadt bei akuten Gefahren auf Schulhöfen nicht reagiere. Sofern eine unmittelbare Gefahr bestehe, habe er die berufliche Praxis erlebt, dass solche Gefahrenstellen rasch beseitigt werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, sprach sich für eine solche Konzeption als sinnvolle Möglichkeit der Vorbereitungen von Planungen aus. Dabei seien Eltern und Lehrer aktiv zu beteiligen. Er unterstrich jedoch auch, dass die Umsetzung eines solchen Konzeptes einen deutlich höheren Bedarf an Geld im Bereich Schule erfordere. Für ihn habe derzeit der Brandschutz Vorrang. Die Unterstützung von Elterninitiativen erfolge weiterhin. Auch nach seiner Auffassung sei die bessere Gestaltung von Außenflächen als Lebensraum von Kindern sehr zu wünschen. Er bat zur Finanzierung solcher Pläne um die Unterstützung von den Haushaltsberatungen durch die Stadträte.

**Herr Senger, SKE**, unterstrich nochmals, dass die Stadt Halle (Saale) ihre Verkehrswegesicherungspflicht als Pflichtaufgabe des Schulträgers erfüllen müsse. Erst nachrangig sei zur Gestaltung von Außenflächen auf die Elternschaft abzustellen. Hohe Kosten der Unfallkasse werden letztlich auf die Beiträge der Unfallversicherung und damit auf die Stadt Halle (Saale) umgelegt. Er verwies auf das gute Beispiel in der Grundschule „Hans Christian Andersen“. Hier sei nach einer Begehung Abhilfe geschaffen worden. An dieser Schule sei jedoch die Möglichkeit von Schulsport im Außenbereich nicht gegeben. Nach seiner Auffassung könne die Schule die Anforderungen des Lehrplanes nur ungenügend erfüllen.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzende**, machte deutlich, dass er die Stadt Halle (Saale) nicht von Erfüllung der Pflichtaufgaben, wie dem Unfallschutz, befreien wolle. Dennoch sehe er Einsatzmöglichkeiten für elterliches Engagement bei der Gestaltung von schulischen Außenflächen, dass man unterstützen solle.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER/NEUES FORUM**, verlas folgende Änderung seines Antrages: „Die Verwaltung wird beauftragt, für die Pausen- und Freistundengestaltung der Schülerinnen und Schüler eine Konzeption für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen und erste Ergebnisse dem Stadtrat bis November 2014 vorzulegen“.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum geänderten Antrag.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Nunmehr bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Stadträte um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

für die Pausen- und Freistundengestaltung der Schülerinnen und Schüler eine Konzeption für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen und **erste Ergebnisse** dem Stadtrat bis  ~~Juni~~ **November** 2014 vorzulegen.

In der Konzeption sollen bestehende Defizite (z.B. bei der Schulhofgestaltung oder bei sonstigen Angeboten für Freistunden) und notwendige Maßnahmen zu deren Beseitigung dargestellt werden. Gleichzeitig sollen Prioritäten für die zeitliche Umsetzung dieser Maßnahmen gesetzt werden. Die Schulleitungen und Schülervertretungen der Schulen sind bei der Konzepterstellung in geeigneter Weise zu beteiligen.

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

**zu 8 Mitteilungen**

---

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, informierte, dass im Ergebnis des Besetzungsverfahrens der Plätze an weiterführenden Schulen für 49 Kinder mit einem Wunsch auf einen Gymnasialplatz zum Schuljahr 2014/2015 keine Kapazitäten im Rahmen der bisherigen Beschlusslage bereitstanden. Deshalb habe die Verwaltung in Abstimmung mit den SchulleiterInnen entschieden, am Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium und am Gymnasium Südstadt noch eine zusätzliche 5. Klasse zu eröffnen. Darüber werden die Eltern bis Ende der 23. Kalenderwoche informiert. Alle halleschen Eltern erhalten ein Angebot im Rahmen der gewünschten Schulform Gymnasium. Am Gymnasium Südstadt sei dies durch den Umbau von kleineren Räumen in reguläre Unterrichtsräume in den Sommerferien möglich. Am Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium werde die 4-Zügigkeit des Schuljahres 2015/2016 um ein Jahr vorgezogen, da dies im Ausweichquartier schulorganisatorisch möglich ist. Die Versorgung der Schüler für das Schuljahr 2015/2016 müsse nunmehr vorbereitet werden.

**zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, bezog sich auf einen Brief der Grundschule Hanoier Straße an die SPD-Fraktion. Die Lehrer bitten angesichts des schlechten Zustandes der Schule um Hilfe. Ist dieser Zustand der Verwaltung bekannt? Was kann getan werden?

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, antwortete, dass die Sanierungsnotwendigkeit dieser Grundschule bekannt sei. Deshalb sei diese Schule in die Vorbereitung von Förderanträgen für das STARK III Programm enthalten.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, bis wann die Eltern eine Information über die weiterführende Schule in Klasse 5 erhalten müssen.

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, antwortete, dass der Bedarf nach 2 zusätzlichen Gymnasialklassen sich erst im Ergebnis des laufenden Besetzungsverfahrens

in der letzten Woche ergeben habe. Daraufhin seien die Gespräche mit den SchulleiterInnen und dem Landesschulamt erfolgt, sodass die Eltern in dieser Woche das entsprechende Angebotsschreiben erhalten können.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung**, ergänzte, dass Ende April 113 Schüler noch nicht zugeordnet waren, unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt noch freien Plätze an den Gymnasien Südstadt und dem Christian-Wolff-Gymnasium und durch die Bereitstellung der 2 zusätzlichen Klassen im Gymnasium Südstadt und Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium sei es nunmehr möglich, allen Eltern, die dies wünschen, einen Gymnasialplatz anzubieten. Viele Eltern der IGS haben ein Angebot an der KGS „Wilhelm von Humboldt“ abgelehnt und einen Wunsch auf einen Gymnasialplatz geäußert. Bei der Vergabe werde soweit möglich auf die geäußerten Zweitwünsche abgestellt.

**Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service**, ergänzte, dass im Vorjahr die Zuordnung von Plätzen im Mai abgeschlossen werden musste. Sie gehe davon aus, dass das auch 2014 in diesem Zeitfenster zu beenden sei. Im Laufe dieser Woche erhalten die Eltern die jetzigen Angebote, sodass bis 20.05.2014 die Vergabe im Wesentlichen abgeschlossen werden könne.

**Herr Senger, SKE**, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung auf seine Anfrage nach den Briefen an die Eltern, die an der IGS keinen Platz erhalten konnten. Diese Schreiben seien keine allgemeine Information, sondern wurden von vielen Eltern als Drohung einer Zuweisung verstanden. Er bat um Übergabe der aktuellen Anmelde- und Zuweisungszahlen.

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, antwortete, dass das jetzige Nachbesetzungsverfahren abgewartet werden sollte. Die dann feststehenden endgültigen Zahlen werden dem Bildungsausschuss mitgeteilt.

**Herr Senger, SKE**, fragte nach Schul-PCs, die mit der Programmversion Windows XP laufen. Wenn diese Software nicht mehr gewartet werde, wie werde die Sicherung von Schülerdaten erfolgen?

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung**, antwortete, dass zu dieser Frage eine schriftliche Antwort erfolgen werde.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte, ob die Gefahr bestehe, dass die Sekundarschule Fliederweg aufgrund der Schülerzahlen gefährdet sei. Ferner fragte sie zur Grundschule Frohe Zukunft welchen Stand die Sanierung habe.

**Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service**, antwortete, dass derzeit mehr als 40 Schüler an der Sekundarschule Fliederweg für die neue 5. Klasse angemeldet sind und somit keine Gefahr bestehe. Die Grundschule Frohe Zukunft werde mit Beginn des neuen Schuljahres in das Gebäude Dessauer Straße 152, nach Abschluss der derzeit laufenden Baumaßnahmen zur Teilsanierung, umziehen können. Dies wurde in der letzten Gesamtkonferenz durch die Verwaltung mitgeteilt.

**Herr Scherer, SKE**, fragte, wie angesichts der unerwartet hohen Nachfrage nach Plätzen im Gymnasialbereich im Schuljahr 2014/2015 die Verwaltung den Handlungsbedarf für das Schuljahr 2015/2016 einschätze.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung**, antwortete, dass die Prüfaufträge aus dem Beschluss zur Schulentwicklungsplanung abzuarbeiten seien. Dazu habe die Verwaltung eine Beschlussvorlage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung so gut wie fertiggestellt und stimme diese derzeit intern ab. Mit

dieser Vorlage werden Lösungsvorschläge im Bereich der weiterführenden Schulen gemacht.

**Herr Scherer, SKE**, fragte nach den nunmehr 2 zusätzlichen 5. Klassen am Gymnasium Südstadt und den Bedingungen für die Schülerspeisung.

**Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service**, antwortete, dass die in den Sommermonaten vorgesehenen Baumaßnahmen sich auf Unterrichtsräume konzentrieren und noch keine Veränderung im Bereich der Schülerspeisung möglich sei. Die Schulleitung könne dies nur in den vorhandenen Räumen organisatorisch abfedern. Dem Fachbereich Bildung sei bewusst, dass dies keine befriedigende Lösung ist. Erst in nächsten Bauabschnitten ab 2015 könne dies verbessert werden.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**, fragte, wann die Vorlage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung dem Bildungsausschuss vorgelegt werde.

**Herr Weiske, Geschäftsbereich IV, Sozialplaner**, antwortete, dass dies voraussichtlich im Juli 2014 möglich sein sollte.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**, fragte nach dem aktuellen Sachstand zum Auszug der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“.

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, entgegnete, dass die Verwaltung an allen erforderlichen Themen arbeite. Die erforderlichen Baumaßnahmen im Objekt Ottostraße laufen planmäßig. Die Vergabe für den Schulbus stehe kurz vor dem Abschluss und der Bau der Haltestelle sei in Vorbereitung.

**Herr Hänsel, SKE**, fragte zum Besetzungsverfahren weiterführende Schulen. Gebe es juristisch relevante Verfahren?

**Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich IV**, antwortete, dass im einstweiligen Rechtsschutzverfahren ein Vorgang gerichtlich verfolgt wurde. Hier habe die Stadt Halle (Saale) in allen Punkten Recht bekommen und das Auswahlverfahren an der IGS sowie die Zuweisung für die nichtberücksichtigte Schülerin an die KGS „Wilhelm von Humboldt“ wurde vom Gericht bestätigt.

**Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service**, ergänzte, dass in ca. 15 Fällen Eltern rechtsanwältlich begleitete „Widersprüche“ eingelegt haben. Formal sei hier Widerspruchsrecht gegeben. Dennoch beantwortete die Verwaltung diese Schreiben zeitnah. Weitere einstweilige Rechtsschutzverfahren können bis zum Beginn des neuen Schuljahres im Ergebnis dieser Antworten noch eingehen.

**Herr Kneissl, SKE**, fragte zum Anwahlverhalten an die IGS. Welche Angebote wurden hier gemacht und wurde die Gemeinschaftsschule Kastanienallee angeboten.

**Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service**, antwortete, dass die Gemeinschaftsschule selbst nicht angeboten wurde, da dies nicht der gewünschte Bildungsgang sei. Zudem belegen die Erfahrungen, dass ein Angebot in Halle-Neustadt wenig angenommen werde. Auch die KGS „Wilhelm von Humboldt“ sei für diese Eltern keine realistische Wahlmöglichkeit.

**Herr Senger, SKE**, ergänzte, dass in dem ersten Schreiben an die Eltern die Verwaltung lediglich einen Gymnasialplatz bzw. Sekundarschulplatz angeboten habe und nicht die KGS

„Wilhelm von Humboldt“. Er fragte, wie die Ergebnisse des „Neustädter Schuldialoges“ umgesetzt werden.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung**, antwortete, dass die dort erarbeiteten Ergebnisse zur Fusion der Grundschulen und zum Förderschulzentrum in die Vorlage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung eingeflossen sind.

#### **zu 10      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Somit schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den öffentlichen Teil.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.06.14

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Andreas Schachtschneider  
Ausschussvorsitzender

---

Dr. Christine Radig  
Protokollführerin